



HESSISCHER LANDTAG

20.05.2009

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

**Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 18/409 zu Drucksache 18/281**

Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 20 Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung
Buchungskreis: 2610

lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan

Erfolgsplan:

Beträge in EUR

Pos. lt. Erfolgsplan	Bezeichnung	von	um	auf
1-4	Betriebsertrag	379.181.000	-75.000.000	304.181.000

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
761	Neu -, Um- und Ausbau, sowie Substanzerhaltung	129.300.000	-75.000.000	54.300.000

Sonstige Veränderungen:

Mit der beantragten kameralen Kürzung wird die Produktabgeltung für die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung um 75.000.000 EUR reduziert. Im Erfolgsplan der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung sind die Betriebserträge entsprechend von 397.181.000 EUR um 75.000.000 EUR zu vermindern.

Von dem verbliebenen Betrag für Straßenbau in Höhe von 75.000.000 EUR sollen dem Erhalt, der Sanierung und dem Neubau von Radwegen Anteile entsprechend des Radverkehrsanteils am Modal-Split zur Verfügung gestellt werden (derzeit 9 % originäre Radwegemittel, entsprechend 6.750.000 EUR).

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Der Verkehrssektor ist – selbst ohne Berücksichtigung des internationalen Luftverkehrs – für mehr als ein Drittel des hessischen CO₂-Ausstoßes verantwortlich; und dies mit wachsender Tendenz. Die Gestaltung klimaverträglicher Mobilitätsstrukturen ist deshalb eine der drängendsten Aufgaben der kommenden Jahre. In einem klimaverträglichen

Verkehrssystem gehört dem Umweltverbund aus Bahn, Bus, Rad- und Fußverkehr der Vorzug vor Auto und Flugzeug. Neue Straßen erzeugen zusätzlichen Straßenverkehr und stehen dem Klimaschutz damit entgegen. Durch die Konzentration auf die Instandsetzung der vorhandenen Straßen und wenige unabdingbar notwendige Straßenbaumaßnahmen kann der Ansatz für den Bau und die Planung von Landesstraßen erheblich reduziert werden. Gleichzeitig soll der Radverkehr auch bei den Investitionen mindestens einen dem Verkehrsanteil entsprechenden Anteil erhalten.

Wiesbaden, 25.05.2009

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir